Landesgesetzblatt für das Burgenland

Jahrgang 1922

Ausgegeben und versendet am 19. Oktober 1922

5. Stück

19. Verordnung: Einhebung der Viehverkehrssteuer als Landes- bezw. Gemeindeabgabe.
20. Verordnung: Prüfung der Kraftfahrzeuge und ihrer Führer.

19.

Verordnung der burgenländischen Landesregierung vom 22. September 1922, Z. 2—749/19, betreffend die Einhebung der Viehverkehrssteuer als Landes- bezw. Gemeindeabgabe.

§ 1.

Die auf Grund des ungarischen Gesetzartikels XXXIX von 1921, 2. Hauptstück, eingeführte dreiprozentige Viehverkehrssteuer wird bis auf weiteres nach den bisherigen Bestimmungen zugunsten des Landes bezw. der Gemeinden eingehoben.

§ 2.

Das Erträgnis wird zwischen dem Lande und den Gemeinden zu gleichen Teilen geteilt.

§ 3.

Die eingehenden Beträge sind zur Gänze an das Landesabgabnamt bei der burgenländischen Landesregierung in Sauerbrunn abzuführen, bezw. auf deren Postsparkassenkonto Nr. 3987 (burgenländische Landesregierung, Zahlamt-Land, Sauerbrunn) einzuzahlen. Die Rücküberweisung der den Gemeinden zukommenden Anteile erfolgt durch die Landesregierung.

§ 4.

Den Gemeinden können zu Lasten ihres Anteiles Vorschüsse bis zur Höhe eines halben Monatserträgnisses über Einschreiten für bestimmte Zwecke, insbesondere für die Durchführung von unaufschiebbaren Investitionen sowie zum Ankauf von Lebensmitteln flüssig gemacht werden. Die Überweisung der den Gemeinden gebührenden Anteile hat vierteljährlich unter Abrechnung allfällig inzwischen gewährter Vorschüsse zu erfolgen.

§ 5.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft und verliert ihre Wirksamkeit in dem Zeitpunkte, da das Bundesgesetz über die

Einführung einer allgemeinen Warenumsatzsteuer in Kraft tritt, längstens jedoch mit 31. Dezember 1922.

Von der burgenländischen Landesregierung.

20.

Verordnung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 16. Oktober 1922, Z. 907/2—B.D., womit die Verordnung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 3. August 1922, Z. 907-B.D., betreffend die Prüfung der Kraftfahrzeuge und ihrer Führer, abgeändert wird.

Die Verordnung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 3. August 1922, Z. 907-B.D. L.G.Bl. Nr. 6, hat in den §§ 3 und 6 wie folgt zu lauten:

§ 3.

Für die Prüfung der Kraftfahrzeuge ist außer den Stempelgebühren eine Taxe zu entrichten, welche

bei Automobilen	{	für Wagentypen 100.000 K
		für Einzelfahrzeuge 50.000 K
bei Motorrädern	{	für Motorradtypen 40.000 K
		für Einzelfahrzeuge 20.000 K

beträgt.

§ 6.

Jeder Prüfungswerber ist von der Zulassung zur Prüfung unter Bekanntgabe des Ortes, Tages und der Stunde derselben mit der Aufforderung zu verständigen, die für jede Prüfung mit 30.000 Kronen festgesetzte Taxe und die Stempelmarke bei der Prüfung zu erlegen.

Die Beistellung eines vollkommen fahrfähigen Fahrzeuges ist Sache des Prüfungswerbers.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft; gleichzeitig verlieren die §§ 3 und 6 der Verordnung des Landeshauptmannes vom 3. August 1922, Z. 907-B.D., L.G.Bl. Nr. 6 ihre Wirksamkeit.

Der Landeshauptmann:
Rausnig